

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 75 Mark für das erste Vierteljahr 1923 ohne Zustellungsgebühr. Es ist nur Postbezug zulässig. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Das einzelne Exemplar kostet 25 Mark.

61. Jahrgang

Leipzig, den 22. Februar 1923

Nummer 21

Auch zum Monatswechsel sind Neubestellungen auf den „Korrespondent“ zulässig. Nur Postbezug! Bestellungen sind sofort aufzugeben. Der monatliche Bezugspreis beträgt gegenwärtig 25 M.

Ein Beitrag zum Kapitel Massen und Führer

In Leipzig erscheint das Kommunistenblatt „Sächsische Arbeiterzeitung“. Es sucht den Skandal, wo es nur kann, um die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Gewerkschaftlich „erprobt“ es sich durch häufige Anpöbelungen der Funktionäre; die der Buchdrucker, namentlich Kollege Wesselbarth, haben auch schon manchen Sauhieb erhalten. Der Kollege Paul Gerson (Leipzig) hat am 6. Januar das Bedürfnis gefühlt, in besagtem Standaalblättchen „Nachdentliches zum Tarifabschluss im Buchdruckgewerbe“ sich von der Seele zu schreiben. Der aus der Werkstatt kommende „Mann mit der schwierigen Faust“ wird von ihm wieder aus der Versenkung hervorgeholt; das ist die richtige Verehrung der Arbeiter gegenüber dem Unternehmer, gegenüber den Unternehmervertretern. Der „Korr.“ sollte auch mit dieser gebantenamen Schreiberei beglückt werden. Die Redaktion bedeutete jedoch dem Einsender, daß aus seinem Artikel einige Unterstellungen gegen mich herausbleiben müßten, da sie mit dem tatsächlichen Hergang in einer Leipziger Versammlung in offenstem Widerspruch ständen. Kollege Gerson bekam darauf einen Vernunftanfall und zog den ganzen Artikel zurück. Die Vernunft hielt aber nicht lange an, denn am 10. Februar war im „Korr.“ unter der Überschrift „Das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder“ von ihm ein etwas abgeschwächter und der größten „Argumente“ gegen mich entkleideter Artikel zu lesen, von dem der Verfasser schwerlich die Meinung hat, daß er damit bei nachdenkenden Lesern nur das gewerkschaftliche „Meißzeugnis“ Va erhalten kann. Gegen solche Zeugnisse muß von Zeit zu Zeit aufgetreten werden, damit die Moskauer Dialektik nicht richtig als Konfusion betrachtet wird.

Der kürzlich in Leipzig abgehaltene kommunistische Reichsparteitag hat nicht nur eine mächtige Schimpfkanonade gegen die „menschewistischen Führer“ gebracht, sondern auch gezeigt, daß die von den Kommunisten immer mit falschem Druckton geforderte Einheitsfront nur das Grabfeld der Gewerkschaften sein könnte, über das der Kapitalismus als Sieger und Alleinherrscher reiten würde.

Als einer derjenigen, die noch im Produktionsprozess stehen, kann mir nicht zum Vorwurf gemacht werden, daß ich pro domo spreche. Der Artikel kommt mir aber gerade jetzt zu pass, wo ich immer noch unter dem Eindruck der großen Tarifverhandlungen vom November und Dezember v. J. stehe, und ich wohl mit größerem Recht von Erfahrungen und Beobachtungen reden kann als diejenigen, die nur vermeinen, Erfahrungen zu haben. Daß in den Fragen der Feiertagsbezahlung und des Urlaubs unsere Vertreter mit Verschleierungen von den Tarifverhandlungen heimgekehrt sind, schreibt Kollege G. in der Hauptsache dem Umstand zu, daß so wenig Vertreter anwesend waren, die noch im Produktionsprozess stehen. Die „Verufsvertreter“ als Nichtbeteiligte (da sie Monatsgehaltempfänger sind und durch Anstellungsvertrag gesicherte Ferien haben) seien weniger geneigt, in diesen Fragen ein Stück Klassenkampf einzusetzen, als die „Werkstattvertreter“; sie weichen viel eher aus.

Kollege G. findet es andererseits begreiflich, wenn in den Fragen der „Verufsvertreter“ etwas mehr „Aktivität“ entwickelt, die seinen Interessen näherkommen. Er hebt dabei auf die Festsitzung des Aufschlags für Maschinenseher ab. Auf diese Unterstellung einzugehen, will ich mir ersparen, und zwar aus naheliegenden „taktischen Gründen“. Nur so viel sei gesagt, daß es ein Trugschluß ist, wenn er meint, die Forderungen der anderen Verufsvertreter seien mit weniger „Aktivität“ und weniger „Geschick“ vertreten worden. Gerade aus Maschinenseherkreisen sind die stärksten Angriffe auf die Hilfsmittelglieder der Kommission erfolgt, da jene gar nicht daran denken, sich auf die Dauer mit diesem 7½ Proz. Aufschlag abzufinden. Sie betrachten sie nur als eine Etappe zur Erreichung ihrer alten Forderung von 25 Proz., auf die sie ein unstrittiges Recht zu haben glauben. Da, wie bereits erwähnt, ich nicht einer derjenigen bin, der sagen konnte, diese Frage entsetzt keine u

Interessen, so glaube ich in erster Linie das Recht zu haben, die falsche Beweisführung des Kollegen G. zurückzuweisen.

Auf was die Anrempelung der berufenen Vertreter der Gehilfeninteressen hinausläuft, geht ja am besten aus dem Schlußsatz des erwähnten Artikels hervor: „Besetzung der verantwortlichen Funktionen durch Kollegen aus den Betrieben und Erweiterung des Mitbestimmungsrechts der Mitglieder“. Mit dem zweiten Teil vorstehenden Satzes werden offene Türen eingeeignet. Der erste Teil offenbart eine totale Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse und der Aufgaben, die ein Gewerkschaftsführer zu erfüllen hat. Glaubt heute ein Ernst noch jemand daran, daß ein Kollege, der am Kasten steht oder an der Maschine arbeitet, die ganzen Arbeiterfragen in ihrer Totalität so beherrschen kann wie ein verantwortlicher Funktionär, der ausschließlich, tagtäglich, stündlich sich mit diesen Fragen beschäftigen muß? Was wird denn heute von einem Gewerkschaftsführer alles verlangt? Er muß über eine umfangreiche Kenntnis aller einschlägigen Gesetze: wie Gewerbeordnung, Württembergisches Gefehbuch, Zivilprozessordnung, Schlichtungsordnung, Demobilisierungsvorordnung, Arbeitsnachweisgesetz usw., verfügen, in Tarifvertrags- und Steuerfragen genau Bescheid wissen, die moderne Rechtsprechung in allen Arbeiterfragen gewissenhaft verfolgen und auch ein gehöriges Minimum von volkswirtschaftlichen Kenntnissen besitzen. Alle drei oder vier Wochen muß er womöglich Lohnverhandlungen bewohnen, seine Kollegen vor dem Schlichtungsausschuß, Gewerbegericht, vor den ordentlichen Gerichten usw. vertreten. Und daneben soll er auch noch seinen erlernten Verus praktisch ausüben? Das größte Genie würde an diesen Aufgaben scheitern! Auch wenn der gute Wille noch so groß wäre.

Die Erfahrungen, die wir nach dieser Richtung hin gemacht haben, und die gewerkschaftlichen Notwendigkeiten sind ganz andre. Unsere Kollegen wissen aus den Verichterstattungen und auch aus dem „Korr.“, daß gerade bei den seltenen Tarifverhandlungen auf Prinzipalsseite die Hauptwortführer Juristen und Syndizisten waren. Und wenn es nach diesen Herren gegangen wäre, so hätte ein Tarif zustande kommen müssen, der für die Gehilfen nur Pflichten und fast gar keine Rechte enthalten hätte. Das ist heute der Zug der Zeit: die Unternehmer haben ihre bezahlten Leute, die sie mit den größten Vollmachten ausstatten und reichlich besolden, um sie dann als rücksichtslose Vertreter ihrer Interessen auf die Gewerkschaftsführer loszulassen. Der alle, von der Pike auf gediente Buchdruckprinzipal wird in Zukunft bei Lohn- und Tarifverhandlungen noch mehr im Hintergrund verschwinden. Und angesichts einer solchen Entwicklung will man Kollegen, die noch den Verus praktisch ausüben, mit dieser schwierigen Aufgabe betrauen? Wahrscheinlich, ein Kollege, der so etwas schreibt, hat keine Klasse Ahnung von diesen Dingen, er lebt in einer andern Welt! Wir werden vielleicht durch diese Entwicklung gezwungen, auch auf unserer Seite Juristen, die mit der modernen Arbeiterbewegung in Fühlung stehen, ganz besonders zu Tarifverhandlungen mit hinzuzuziehen, was übrigens nach meinen Informationen einige große Gewerkschaftsvorgänge heute schon für notwendig gehalten haben.

Verständnis würde ich dafür haben, wenn die Forderung lauten würde, nach Möglichkeit verantwortliche Funktionen auch durch Kollegen aus den Betrieben zu besetzen. Auch ich stehe auf dem Standpunkte, daß sich besoldeter und ehrenamtlich tätiger Funktionär glänzlich ergänzen sollen. Ein Moniens ist es aber, schlanweg zu verlangen: „Besetzung der verantwortlichen Funktionen aus den Betrieben“. Also — wenn schon, denn schon! — müßte das verantwortungsvolle Amt des ersten Verbandsvorsitzenden ein Kollege ausüben, „der noch im Produktionsprozess steht“. Der Repräsentant eines Verbandes muß auch in wichtigen Körperschaften die Arbeiterinteressen vertreten. So ist beispielsweise hier erweist sich die durch Gerson weitergegebene Parole als völlig haltlos; nur gelinde gesprochen. Wie denkt man sich weiter die Tätigkeit eines „Korr.“-Redakteurs oder eines Gewerkschaftsleiters von Berlin, Rheinland Westfalen oder Leipzig nebenamtlich auszuführen?

Man muß sich auch wundern, daß ausgerechnet in unserm Verband eine derartige Forderung aufgestellt wird. Der Zentralismus und mit ihm eine Einseitigkeit der Meiste der Mitglieder ist in allen anderen Gewerkschaften viel stärker ausgeprägt als bei uns. Wie keine andre

Gewerkschaft haben wir eine ganze Anzahl von Kollegen, die nicht beruflich tätig sind (sogar Hausvater), in verantwortlichen Funktionen. Unser föderalistisches System bürgt dafür, daß keine Kollegen in verantwortliche Funktionen kommen können, die nicht das Vertrauen der Mehrheit der Mitglieder haben. Jedes Jahr müssen beispielsweise in den großen Stabkassen die Hausväter vor ihren Mandatgebern Rechenschaft ablegen und sich der Neuwahl unterziehen. Dem Vorstand steht weder ein Vorkaufsrecht, noch ein Einspruchsrecht zu. Man muß sich eine größere Sicherung denken, um davor bewahrt zu sein, auf lange Zeit sich mit einem verantwortlichen Funktionär abfinden zu müssen, der es vielleicht einmal verstanden hat, sich das Vertrauen der Mitglieder zu erschleichen, weil die Konjunktur dazu gerade günstig war? Wenn es sich erwiesen hat, daß es ihm gelungen war, seinen Mangel an Charakterfestigkeit und Tüchtigkeit durch Großsprechererei zu verbeden, wenn er als ein Scharlatan entpuppt worden ist, dann ist es bei uns in verhältnismäßig kurzer Zeit möglich, solchen Schwindler zu beseitigen.

Indes, für Kenner der Verhältnisse ist es klar, worauf es bei jenen ankommt, die den Kollegen plausibel machen wollen, daß uns großes Heil widerfahren würde, wenn die verantwortlichen Funktionen mit Kollegen aus den Betrieben besetzt würden. Sie wollen keine aufrechten Kerle haben, die auch einmal den Mut besitzen, der Masse etwas zu sagen, was ihr nicht schmeichelt. Das Schibboleth ihrer ganzen Angriffstätigkeit gegen die Führer ist: Trennung der Masse von den Führern! Im Gespräch geben das diese Kollegen auch unumwunden zu.

Auf dem jüngst stattgefundenen Reichsparteitag der KPD. hat es auch ähnlich geklungen. Die Leitfäden, die beispielsweise über „die Organisationsarbeit der Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften“ dort angenommen wurden, sind vielversprechend. Wenn die Rosa-Luxemburg-Unteroffiziere für deren strenge Durchführung sorgen, dann können wir in den Gewerkschaften noch etwas erleben! Die Gewerkschaftsversammlungen werden danach noch mehr als bisher zu Zummelplätzen von Parteileidenschaft werden. Diese Leitfäden hier wörtlich anzuführen, würde zu weit führen. Nur im Auszug sei einiges wiedergegeben:

Den Bezirksleitungen wird die Pflicht auferlegt, die Arbeit der Gewerkschaftsfraktionen durch Beauftragte der Bezirksleitung nachzuprüfen. . . .

Die Organisierung unserer Gewerkschaftsfraktionen und darüber hinaus die Schaffung eines roten Kartells oppositioneller Gewerkschaftsfunktionäre muß in allen Großstädten direkt durch die Bezirksleitungen eingeleitet werden. Wo unsre Genossen in den Ortsausschüssen die Mehrheit haben, müssen sie unverzüglich die leitenden Funktionen im Kartellvorstand übernehmen.

Hier kommt klar zum Ausdruck, daß alle Parolen, die die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder zu befolgen haben, von der Bezirksparteileitung ausgehen werden. Eine eigene Meinung ist nicht erlaubt, die Kommunisten stehen direkt unter Skrupel ihrer Parteileitung. Sie bestimmt, wie sich die Kommunisten in ihrer Gewerkschaft zu verhalten haben. Ihr gegenüber sind die kommunistischen Gewerkschaftler verantwortlich und nicht der Gewerkschaft und ihrer Leitung, unbekümmert darum, ob das, was sie in den Gewerkschaften treiben und tun, auch zu Ruhm und Frommen der Gewerkschaft ist. Das bedeutet Gift für die Gewerkschaften und muß zerfetzend wirken. Diese kleine Erfahrung zu dem kommunistischen Parteitag, obwohl nicht streng zu dem mir gestellten Thema gehörig, war notwendig, um die Zusammenhänge besser verstehen und „das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder“ von der „richtig liegenden Seite“ kennen zu lernen.

Naturnotwendig muß die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften zu ihrer Zerstörung, zumindest aber zur Schwächung ihrer Aktionsfähigkeit führen. Hier höre ich schon den Einwand der Kommunisten, daß sie im Gegenteil die Gewerkschaften erhalten wollen. Ob gewollt oder ungewollt: die gefährliche, von Sachkenntnis nicht beschwerte und ihre Meinungsgegner innerhalb der Gewerkschaften moralisch und mitunter auch persönlich so herabsetzende Kritik muß auch dazu führen, daß innerlich noch nicht gefestigte und unreife Gewerkschaftler ihrer Gewerkschaft wieder den Rücken kehren. Ich weiß bestimmt, daß die Kommunisten keinen Punkt in ihrem Programm haben, nach dem sie die Aufgabe hätten, die Gewerkschaften zu zertrümmern. Sie machen das schlaue: Unter dem Stigma Revolutionierung oder Eroberung der Gewerkschaften kommen sie auf Umwegen auch zu ihren parteipolitischen Zielen, wenn nicht bald der gesunde Sinn der deutschen Arbeiter ihnen einen Strich durch die Rechnung macht.

Wenn es heute noch einen Gewerkschaftsführer geben sollte, der in dem Wahne lebt, die nach den Eingebungen ihrer Parteipäpste handelnden Kommunisten durch mögliches Entgegenkommen zu befriedigen, der würde gewaltig irren. Diesen Leuten kann es nie und nicht recht machen. Regieren alles dessen, was uns zunächst liegt, ist ihr Lebenselement. Ein idealer Gewerkschaftsführer ist nach ihrer Meinung der, der überhaupt keine Meinung hat, der der Stimmung der Masse Rechnung trägt, sich von ihr schieben läßt, der, kurz gesagt, ein wirklicher Redunanzträger ist. Wir dürfen aber mit der Vertretung unsrer Interessen keine Kreaturen, sondern müssen aufrechte Männer damit betrauen, die wissen, was sie wollen und eine gerade, klare gewerkschaftliche Linie verfolgen, und unter dem Einfluß von Tagesmeinungen und -stimmungen. Stetigkeit ist vor allem in der Gewerkschaftsbewegung vonnöten, die Experimentierereien einfach nicht vertragen kann. Stetigkeit jedoch nicht im Sinne von Konformismus, sondern unter größter Ausnutzung aller Fortschrittmöglichkeiten.

Es gibt Opposition und Opposition. Dort, wo eine gesunde Opposition sich bemerkbar macht, herrscht vielfach ein guter gewerkschaftlicher Geist. Opposition aber um jeden Preis, zu der meistens die allzu starke parteipolitische Einstellung die Triebfeder ist und bei der es den Opponenten darauf ankommt, von ihren Parteipäpsten eine gute Note zu erhalten, wirkt zerfetzend; sie muß dazu beitragen, das beste gewerkschaftliche Fundament zu erschüttern. Nicht indem man die jungen, neu-angekehrten Kollegen, ja mitunter die Lehrlinge schon, vor den Parteikarren spannt, sie in Gegenfahrlinien zu erprobten Kämpfern, leistet man fruchtbringende Gewerkschaftsarbeit, sondern dadurch, daß man zu seinem Teil beiträgt, diese jungen Kollegen zuerst zur Kollegialität und Solidarität zu erziehen, zu dem, was uns groß und stark gemacht hat.

Nicht so soll es sein, daß immer der recht hat, der in den Versammlungen über die stärkste Zunge verfügt, sondern gewerkschaftliche Erfahrung und Weisheit, die nun einmal erst mit den Jahren kommen, sollen den Ausschlag geben. Die Arbeit eines Gewerkschaftsführers ist wirklich schwerer, als sie sich mancher vorstellt!

Vertrauen gegen Vertrauen ist das Gebot der Stunde und nicht das Verfolgen der kommunistischen Parolen, die nur Mißtrauen säen und Unausgeklärte auf den Gedanken bringen, daß die Führer Verräter und Lumpen sind. Nicht Trennung der Masse von den Führern, sondern ein gerechteres Einschätzen der Arbeit der Führer und unjüngerer Kommunisten ist die Aufgabe aller überzeugten, richtigen Gewerkschaftler. Von dem Stumpfhirn, mit dem bei den Kommunisten hinter jedem Parolengefährte der wahrlich nicht wenigen Angestellten hergelaufen wird, wollen wir in den Gewerkschaften nichts wissen. So kritisch wie die Kommunisten ihren „Verufstrettern“ gegenübersehen, das ist im weiten Maßstabe Preisgabe des Mitbestimmungsrechtes. Daß aber an den vermaledeiten Verhältnissen solche Kommunisten nicht vorbeikommen, die wirklich etwas Nachdenkliches zu sagen haben, das sollte auch dem Kollegen Paul Gersone und andern seiner Richtung für die eignen Bedürfnisse mehr zu denken geben.

Richard Gläff.

Verband und „Korrespondent“

Unser Organ brachte am 8. Februar einen kleinen, feinen Artikel über die Redefreiheit im „Korr.“. Ein Karlsruhe'iger Kollege hielt einem Stuttgarter Kollegen eine Vorlesung, die in unmissverständlichem Deutsch auf Mißbrauch des „Korr.“ hinauslief. Bei der aufgezwungenen Umfangbeschränkung unseres Organs müßte doch ein jedes den „Korr.“ als Sprachrohr benutzende Mitglied auf nur besten, dem allgemeinen Wohle zweifelsfrei dienenden Inhalt der Artikel achten. Denn, sagte der G.-Seppel aus Karlsruhe ganz richtig, wenn die Schriftführer auch der größten Mitgliedschaften sich jetzt sehr kurz fassen müssen, so sollten die Einzelstimmen erst recht diesem Zwange unterworfen sein.

Das hat mir imponiert. Ich bin zwar auch ein Gegner der langen Versammlungsberichte und will aus der größten wie aus der kleinsten Mitgliedschaft nur das für die Allgemeinheit wirklich Wichtigste lesen, was „große“ wie „kleine“ Schriftführer viel mehr beachten sollten — auch die Redaktion durch unerbittliches Streichen —, aber die Vorkantierung dessen, was von den Mitgliedschaften zu sagen ist, hat mir gefallen. Deshalb paßt es mir auch gar nicht, wenn das „verkleinerte“ Verbandsorgan in etlichen Nummern die Rubrik „Korrespondenzen“ nicht enthalten hat, dafür aber fragwürdige Eigenmeinungen einzelner Kollegen brachte. Ich kann mir wohl denken, daß bei vier Seiten solche Zwangslagen für unsre Redaktion eintreten können, jedoch möchte sie bedenken, daß die Mitgliedschaften als mehr oder weniger große Teile vom Verbandschor ein Recht haben, zum Worte zu kommen als eine Anzahl von Kollegen, die zusammen wohl viel schreiben, aber doch nicht viel Gutes, und dann noch in ziemlicher Einseitigkeit. Wie wenige kommen denn über die Frage der Lohnhöhe hinaus!

Aufmerksamen Lesern wird nicht entgangen sein, daß in den letzten Wochen der Kampf mit der Hydra der Artikelschreiber und der Schriftführer heftiger im Briefkasten unseres Organs geführt wird. Da nach wie vor alle Meinungen und Richtungen zum Worte kommen, kann von Beschränkung der Redefreiheit im „Korr.“ aber nicht gesprochen werden. Wenn die Redaktion nur dem Zubietlen Entgegentritt, so ist das ihr gutes Recht, und sie handelt dabei auch im Interesse der Leser insofern, als wir so von manchem nichtsfähigen Artikel verschont werden. Daß unsre Kollegen von links nicht zu kurz kommen, und daß sie trotz der sonnenklar zu sehenden und fortwährend von der Redaktion betonten Beschränkung des Raumes sich selbst keine Beschränkung auferlegen wollen, hat der Weissenfelder Kollege mit seiner überflüssigen, aber oppositionell laudierten Entgegnung auf den sehr zum Nachdenken anregenden Artikel „Organisationspflicht“ (Nr. 8) ebenfalls gezeigt. So sehr ich sonst hochstehenden Polemiken zugeneigt bin, bei diesen fürchterlichen Papierpreisen geht das nicht mehr an. Ich schähe an sich auch die lebhafteste öffentliche Diskussion in unserm Verbandsorgan, womit der „Korr.“ wohl einzig dastehet. Aber man kann und muß jetzt eine bessere Ausgabe verlangen; wir wollen nicht länger mehr diese einseitige Kost der Lohnartikel auch aus den allergeringsten Nestern. So viel ich weiß, geht es in den andern Gewerkschaften ganz gut ohne diese abwechselungslose Kost. Unsere Kollegen sädeln sonst immer nach den Verhältnissen anderswo, warum nicht auch in dieser Beziehung?

Die Redaktion hat in ihrem durch Bescheidenheit vielleicht etwas zu sehr ausgezeichneten Jubiläum-Artikel zum 50-jährigen Bestehen an der Jahresende mit nur wenigen Worten angedeutet, was der „Korr.“

dem Verbands namentlich in bedrängten Zeiten schon gewesen ist und welchen Zusammenhalt er unserer Organisation gibt. Wir Buchdrucker haben das nicht immer richtig gewürdigt. Als aber der „Korr.“ vom neuen Jahre an in dem kleinen Formate erschien und der Lesestoff dadurch noch verringert wurde, da wurde auf einmal überall Mißmut laut. Wohl sind wir den andern Gewerkschaften durch das dreimalige Erscheinen seit vier Jahrzehnten noch voraus, aber weitere Einschränkungen sind nicht möglich, soll nicht der lebendige Geist in unserer Organisation Schaden erleiden. Es geht auch nicht an, daß noch mehr die kleinste Schrift zur Anwendung kommt, was in einer unrer Bezirksversammlungen hier schon gerügt wurde, wenn die Redaktion auch nur infolge der Not der Zeit dazu geschritten sein wird.

Das Obligatorium hat die Leipziger Generalversammlung wieder abgelehnt. Mit Recht. Bei Papierpreisen, die nicht mehr auszudenken sind, wäre es gar nicht durchzuführen. Überhaupt ist das mehrmalige Erscheinen der Zeitung durch den Verband ein unüberwindbares Hindernis. Man hat schon gehört, daß andere Gewerkschaften jetzt nur auf zwei Mitglieder ein Exemplar liefern, um sich noch gegen die Papierüberpreise behaupten zu können. Es müßte also für jedes Verbandsmitglied ohne weiteres einschließen, daß es in unserer Hand selbst liegt, den „Korr.“ uns so zu erhalten, wie wir es wünschen und wie es auch zum Nutzen des Verbandes sein muß. Das kann geschehen, wenn wir uns monatlich zu einem Abonnementspreise bereit erklären, der die Kosten des „Korr.“ für die Verbandskasse einigermaßen erträglich macht. 15 M. im Vierteljahr, die wir gegenwärtig ja nur zahlen, das ist ein ganz unbilliger Zustand. Man sieht doch täglich, was die Tageszeitungen und was Bücher gegenwärtig kosten. Für die leibliche Kost (nur Brot angenommen) hat jetzt der Buchdrucker etwa 10 500 M. im Vierteljahr zu verausgaben, für die geistige Speisung durch den „Korr.“ ein ganzes Vierteljahr hindurch kommt er aber mit 15 M. davon. Das klingt wie ein fauler Berliner Witz, der indes sehr kostspielige Wahrheit für den Verband ist.

Wir haben jetzt den „Korr.“ in eigener Regie, um so mehr müssen die Redaktion und die Verbandsinstanzen alles tun, unser Organ als Quelle der gewerkschaftlichen Energie uns zum mindesten so zu erhalten, wie es jetzt ist. Die Konjunktur mögen wachsen, auf daß dem Ganzen kein Schaden geschieht!

Berlin.

K. M.

Das Buchgewerbe im Ausland

Österreich. Nachdem ein Nachlassen der Arbeitslosigkeit in keiner Weise in die Erscheinung tritt und viele graphische Arbeiter dadurch bereits ausgeteuert werden, anderseits aber wieder der Lebensmittelpreis fühlbarer wird, sah sich der Verbandsvorstand gezwungen, den Beitrag um 2000 Kr. pro Woche zu erhöhen, damit die gewaltigen Lasten, die der Organisation erwachsen, gedeckt werden können. Verbands- und Gewerbeitrag für Niederösterreich betragen nämlich zusammen 14 000 Kr. pro Woche, welche Summe rund 5 Proz. des Wochenverdienstes oder 2/3 Arbeitsstunden beträgt. Wenn man bedenkt, daß dazu noch die vielen Spartenbeiträge und die Beiträge für die sonstigen graphischen Vereine kommen, so muß man sagen, daß die österreichischen Kollegen bald den Friedensstandard in dieser Beziehung erreicht haben und trotz der schweren Not der Zeit sehr opferwillig sind. Im gegenseitigen Sinne verfährt der liebe Vater Staat und die bürgerlichen Parteien, die für die großen Leiden der Arbeitslosen wenig Empfinden besitzen. Es bedurfte erst einer riesenhaften Demonstration in Wien, an der sich neben den 100 000 Arbeitslosen eine große Zahl der Arbeiter und Angestellten beteiligten (man schätzte die Zahl der Demonstranten auf über 200 000), um die Regierung und das Bürgerturn an ihre Pflicht zu erinnern. Die Forderung der Arbeitslosen, die staatliche Unterstützung pro Woche auf 110 000 Kr. zu erhöhen, ist allerdings nicht erreicht worden, es wird aber im Kompromißwege eine kleine Erhöhung (man spricht von 87 000 Kr.) stattfinden. Zugleich war diese Demonstration aber auch ein Protest gegen den planlosen Abbau und gegen die beabsichtigte Verschlechterung der sozialen Errungenschaften des Proletariats.

Am 1. März soll in Wien unter dem Titel „Die Stunde“ ein neues Mitteilungsblatt zu erscheinen beginnen. Da der Einzelpreis für das selbe (600 Kr.) bedeutend höher ist als der aller übrigen Mitteilungsblätter, so ist anzunehmen, daß es auch stärkeren Umfang haben wird. Das bedeutet wieder Brot für einige Kollegen.

Ungarn. Die ungarischen Buchdrucker haben kritische Tage hinter sich. Vor drei Wochen sind die Gehilfenvertreter an die Prinzipale herangekreten, um wegen einer Lohnaufbesserung, bedingt durch die im Januar neuerlich eingetretene Teuerung, Verhandlungen einzuleiten. Die Prinzipale waren durchweg nicht überrascht, erklärten aber, daß sie in diese nur dann eintreten könnten, wenn ihnen eine Revision des Tarifs voranginge. Nicht weniger als 72 Punkte sollen modifiziert werden. Die Gehilfenvertreter stellten sich auf den Standpunkt, daß die Prinzipale zur Tarifrevision berechtigt sind, aber erst nach der Erledigung der Lohnfrage, weil erstere mehrere Rechnungen beansprucht, da ja auch die Gehilfenwünsche haben kann. Dieser Differenz wegen in der Auffassung der beiden Tarifkandidaten gestritten sie die die-waligen Verhandlungen, die zweimal abgebrochen werden mußten und auch zu einem teilweise „wilden“ Streik der Zeitungskollegen — zum Glück doch auf Stunden — führte, in recht schmerzigen. Schließlich aber gelang im Kompromißwege Lager der Prinzipale die Vermittlung durch und es kam zu einer Reihe von übereinstimmenden Verhandlungen, indem durch die

gabe einer prinzipiellen Erklärung von seiten der Gehilfen diese sich verpflichteten, den Tarif betreffend die Arbeitszeit einzubalten und nach Erledigung der Lohnfrage die Arbeiten zur Tarifrevision alsbald in Angriff zu nehmen. (Die Prinzipale fordern nämlich die volle Ausnützung der achtstündigen Arbeitszeit auch bei den Tagesblättern.) Es wurde also die Reihenfolge, die die Prinzipale bestimmen wollten, im Sinne des Wunsches der Gehilfen abgeändert. Demgemäß erhielten die hauptstädtischen Buchdruckereiarbeiter am Sonnabend, dem 17. Februar (also zum selben Termin, den seinerzeit die Indexvereinbarung festsetzte), etwa 18prozentige Lohnerhöhung der verschiedenen zu Recht bestehenden Minima, von 110 bis 1330 Kr. variierend das Plus, wodurch das niedrigste Minimum nunmehr 7252 Kr., das höchste 8740 Kr. pro Woche beträgt. Die Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen haben ein Mehr von wöchentlich 600 Kr. erzielt. Die Lohnregelung der Kollegen in der Provinz wird im Verlaufe der nächsten Woche zur Erledigung kommen, hoffentlich in glatter Weise. Die Lithographen und Steindrucker erhielten gleichfalls mit 17. Februar, jedoch auf Grund des Index, eine Erhöhung ihres Lohnes um 20 Proz., die Chemigraphen hingegen, die keine Konjunktur und somit auch keinen Index haben, bekommen bloß das, was die Buchdrucker errangen. Das gleiche gilt für die Buchbinder.

Über die Verhandlungen der Tarifrevision werden wir noch Gelegenheit nehmen, die deutschen Kollegen zu unterrichten, für heute sei bloß angedeutet, daß man auf Unternehmerseite mit großen Plänen umgeht. So will man z. B. die Feiertage, wenn auch nicht aus dem Kalender, so doch aus dem Tarif streichen, dann Entz von einem Tagesblatt in das andre übernehmen, bei den Tagesblättern Nichtfachente als Korrektoren anstellen usw.

Die Gewerkschaft der Lithographen und Steindrucker, bestehend aus dem Fach- und dem Unterstützungsverein „Senefelder“, hält in diesem Monat ihre Generalversammlung ab. Dem günstigen Geschäftsgang im abgelaufenen Jahre war es zuzuschreiben, daß von den durchschnittlich 900 Mitgliedern im Verlaufe des Jahres kaum 20 vorübergehend arbeitslos waren.

Am den Tagen vom 25., 26. und 27. März findet in Budapest der VII. ordentliche Gewerkschaftskongress statt, zu dem große Vorbereitungen getroffen werden, da der Gewerkschaftsrat bei dieser Gelegenheit auf sein 25jähriges Bestehen zurückblicken kann.

Polen. Wie wir der ausländischen Presse entnahmen, wurde der Buchdruckerstreik in Krakau nach 10tägiger Dauer in der verletzten Woche des Januar beendet. Über das Ergebnis fehlt bis jetzt jede Nachricht.

Estland. Das Verständnis der estnischen Bevölkerung für deutsche Literatur ist im ständigen Wachsen begriffen. Die Bühnen führen die besten Dramen und Schauspiele deutscher Dichter in estnischer Übersetzung auf, während die Buchhandlungen in ihren Auslagen den deutschen Werken, namentlich allen Neuerscheinungen, einen breiten Raum einräumen. Bücher und Werke deutscher Autoren, die für die Deutschen in gegenwärtiger Zeit viel zu teuer sind, werden von den gebildeten Esten leicht gekauft. Um die Seele einer Dichtung recht kennen zu lernen, besteht in den gebildeten Schichten des estnischen Volkes das Verlangen, bestimmte Werke der deutschen Literatur in ihrer eignen Sprache zu lesen. Eine estnische Verlagsanstalt fordert daher öffentlich zu einer guten Übersetzung verschiedener deutscher Werke auf und verpflichtet sich, für die besten estnischen Übersetzungen Preise — insgesamt für 120 000 Estl. (über 12 Millionen deutsche Mark) auszugeben. Es sollen übersetzt werden: E. T. A. Hoffmanns „Meister Martin, der Kupfer- und sein Sohn“; Lessings „Nathan der Weise“; Kleists „Prinz von Homburg“; G. Kellers Novellenauswahl; Shakespeares „Hamlet“; Th. Manns Novellenauswahl und Hauptmanns „Weber“.

Norwegen. Mit Gültigkeit vom 1. April d. J. ist zwischen dem Buchdruckerverband und dem Verein der kristianiaer Zeitungsverleger ein neuer Tarif vereinbart worden. Er gilt ein Jahr. Die Arbeitszeit ist im wesentlichen unverändert, doch ist sie bei Nacharbeit um drei Stunden pro Woche verkürzt, was ja für die Zeitungsbetriebe von Bedeutung ist. Auch in der Ferienfrage ist man einen Schritt vorwärts gekommen, indem schon nach dreimonatiger Betriebszugehörigkeit 14 Tage Ferien zu beanspruchen sind, bisher waren sechs Monate erforderlich. Der jetzige Wochenlohn von 93 Kr. wurde für alle Facharbeiter auf 80 Kr. herabgesetzt, alle ungelernen erhalten 3 Kr. pro Woche weniger als bisher. Wenn bis zum August 1923 die Lebensunkosten entsprechend fallen, kann ein weiterer Abschlag von 2 bzw. 1 Kr. pro Woche für Gehilfen bzw. Angelernte erfolgen. Dieser Tarif ist erheblich besser als der in den dem Arbeitgeberverband angeschlossenen Druckereien.

Die Not der Zeit, die zu steter Kampfbereitschaft auffordert, spiegelt sich in den hohen Beiträgen für die Organisation wider. In Anbetracht der bevorstehenden Tarifverhandlungen und da die Klassen durch Arbeitslosigkeit schon sehr in Anspruch genommen sind, ist ein Extrabeitrag von 4 Kr. für Vollmitglieder und 2 Kr. für Hilfsarbeiter auf acht Wochen ausgeschrieben, so daß z. B. in Kristiania der Wochenbeitrag auf 10 Proz. des Durchschnittsverdienstes ausmacht. Der laufende Tarif ist von der Prinzipalorganisation (durch den Arbeitgeberschutz) gekündigt worden.

Großbritannien. Zuerstklassigen Leistungen aus verschiedenen Druckarten der englischen Provinz gleiche ist die buchgewerbliche Lage etwas besser geworden. Eine Edworte macht zwar noch keine Zukunft, aber es sind im allgemeinen doch Anzeichen bemerkbar, die auf eine reiche Nachfrage nach Drucksachen hindeuten. Zwei Tatsachen

wirken heute zum Vorteil der Buchdrucker, nämlich die stabilen Entlohnungsverhältnisse und die Auswirkung eines neuen Systems in der englischen Eisenbahnwelt, woraus gute Aufträge für das Druckgewerbe resultieren. Die alte Eisenbahnliteratur, die alten Fahrpläne usw. sind unbrauchbar geworden, und um Neuausschaffungen kommt das Publikum nicht herum.

In nächster Zeit ist stark davon die Rede, daß demnächst neue Verhandlungen zwischen der Londoner Sehergesellschaft und der Typographischen Association (Provinzverband) stattfinden zwecks zukünftiger Vereinigung beider Organisationen. Die Beweggründe dazu entspringen praktischen Erwägungen. In der Nähe von London befinden sich viele ganz kleine Druckorte, die den Gruppen B und C der provinziellen Organisation eingegliedert sind. Der Buchdruckerlohn beträgt in diesen Orten über ein Pfund Sterling wöchentlich weniger als in der Hauptstadt. Infolgedessen wandert manch guter Druckauftrag in die kleinen Druckorte, zum Nachteil der Londoner Gehilfenschaft. Auf dem Wege einer Vereinigung beider Organisationen soll versucht werden, einheitlichere Lohnsätze zu schaffen, um die Schmutzkonzurrenz der Kleinbetriebe in der Umgebung Londons nicht zu üppig in die Kasse schleppen zu lassen und die Stosskraft der Gehilfenschaft zu stärken.

Der amtliche Text des Testaments von Lord Northcliffe erschien vor kurzem in der Tagespresse. Laut dieses Testaments hinterließ der verstorbene Zeitungsboss rund fünf Millionen Sterling, ein ganz respektables Vermögen nach nur 25jähriger Tätigkeit. Trotz dieser Tatsache behaupten nicht wenige Zeitungsbesitzer, sie seien nicht imstande, die gegenwärtig geltenden Zeitlöhne zu bezahlen.

Belgien. Nach mehr als dreimonatigen Verhandlungen zwischen Vertretern der Prinzipale und der Gehilfen kam ein vorläufiges Lohnabkommen für das belgische Buchdruckgewerbe zustande. Die Städte des Landes sind je nach ihrer wirtschaftlichen Bedeutung in vier Klassen eingeteilt. In der ersten Klasse beträgt der Wochenlohn für Seher 100,40 Fr., in der zweiten 114 Fr., in der dritten 119 Fr. und in der vierten Ortsklasse (Brüssel) 135 Fr.

Frankreich. Die Wogen des Mühschritts bedrohen gegenwärtig den französischen Buchdruckerverband in verheerendem Maße. In einer Reihe von Provinzstädten gelang es, teils auf dem Verhandlungswege, teils durch Streik, geringe Lohn erhöhungen durchzusetzen, während die Forderung der Pariser Handscheer auf 350 Fr. Stundenlohn scharfem Widerstand auf Prinzipalseite begegnet. Die Überreichung eines erhöhten Kantariffs für das östliche und südöstliche Frankreich hatte zahlreiche örtliche Arbeitseinstellungen zur Folge. Die Stosskraft der Gesamtorganisation wird leider seit Jahr und Tag durch kommunistische Zersplitterungsarbeit immer mehr geschwächt. Daneben sorgen syndikalistische Einheitsfrontschwärmer noch für weitere Verwirrung und Schwächung. Die Sektion der Pariser Maschinenmeister bildet den eigentlichen Herd der Verbandszersplitterung. Neuerdings hat sich in Paris eine neue Druckersektion des alten Verbandes, der noch 17 000 Mitglieder umfaßt, gebildet. Ein eifriger Mitarbeiter des französischen Verbandsorgans wies unlängst auf das Vorgehen der holländischen Kollegen hin, die nach dem Vorbilde des deutschen „Jungbuchdruckers“ etwas Ähnliches für ihren gewerblichen Nachwuchs geschaffen haben. Derartige wird auch in Frankreich als ein erstrebenswertes Ziel angesehen.

Spanien. Wir haben bereits unter „Mundschau“ in Nr. 16 davon Kenntnis, daß der Verband der Buchdrucker in Madrid, der dem Allgemeinen spanischen Buchdruckerverband angehört, sich bitter darüber beschwerte, daß eine Reihe von deutschen Druckern Stellung in bestreikten Druckereien annahmen, also zu Streikbrechern wurden. Die Namen aller Beteiligten wurden uns übermittelt, desgleichen ihre sämtlichen Personalien. Vorderhand sehen wir davon ab, das Material zu veröffentlichen in der Erwartung, daß die Betroffenen ihre Verhältnisse schnellstens in Einklang bringen werden mit ihren kollegialen Verpflichtungen gegenüber den Madrider Berufsgenossen, die bereitwilligerweise aufs äußerste erbittert sind. Um so mehr, als die eingesprungenen deutschen Drucker sich bemühen, noch weitere Landsleute in den Betrieb zu unterzubringen. Die Arbeitsverhältnisse in Spanien sind ungünstig, und die organisierte Gehilfenschaft ist eifrig bestrebt, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Es ist aufs schärfste zu verurteilen, wenn durch unsolidarisches Verhalten ausländischer Buchdruckergehilfen der soziale Kampf der einheimischen Kollegen stark erschwert wird. Vor Zutritt nach Spanien sei noch mal sdringend gewarnt!

Korrespondenzen

Berlin. (Vereinigung der russischen Seher.) Die zum 11. Januar einberufene und gut besuchte Jahresversammlung nahm den Bericht des Vorstandes mit großer Aufmerksamkeit entgegen. Der Mitgliederstand, der am Anfang des Jahres 120 betrug, hat sich auf 300 erhöht. Es gelang auch, die Lohnverhältnisse einigermaßen zu stabilisieren. Leider ist augenblicklich eine Anzahl Konditionensloser zu verzeichnen. Auf ein Inserat einer bekannten Perlmee Deuarex meldeten sich 10 Bewerber. Unter den Angeboten waren auch solche aus verschiedenen Städten Deutschlands, von denen bisher noch kein Vertreter in die Vereinigung gelangt war. Es wäre wünschenswert, daß alte Kollegen, die mit fremdsprachlichen Arbeiten betraut werden, mit der Vereinigung Zahlung nehmen würden. Zu Ausländern ist der Vorsitzende Max von Braun, Weilin O 112, Grunewald Straße 8, jederzeit gern bereit. Mit einigen Gruppen fremdsprachlicher Seher stehen

wir bereits in Verbindung. Im weiteren Verlaufe des Berichts streifte der Vorsitzende die Besetzung des Ruhrgebietes und machte auf die Nachteile aufmerksam, die sich daraus für die deutsche Arbeiterschaft ergeben. Nachdem der Vorstand zum Teil wiedergewählt und für die auscheidenden Mitglieder Neuwahlen statgefunden hatten, wurden noch einige interne Angelegenheiten ohne längere Diskussion erledigt.

Dillingen a. d. D. Unsere am 10. Januar abgehaltene Generalversammlung war gut besucht. Der Vorstandsausschuss wurde Entlastung erteilt. Die Versammlung einigte sich, von einer Neuwahl abzusehen und durch einstimmige Wiederwahl die bisherige Vorstandschaft beizubehalten. Hierzu wurde die Angelegenheit Lehrlingsabteilung eingehend behandelt. Im weiteren erklärte der zur Delegiertenversammlung in Nürnberg entsandte Kollege Stoll wichtige Punkte, die Gauvorsteher Hemmerich der genannten Versammlung unterbreitete. Auch wurde der Erbkereinsbeitrag von 1 M. auf 10 M. erhöht, wodurch hier durchreisenden Kollegen Unterstützung gewährt wird. Kollege Gader dankte im Namen der Versammlung der Vorstandschaft für ihre Arbeit im verflossenen Jahr.

Dresden. (Schriftsetzer.) In unserer Jahreshauptversammlung am 25. Januar gab der Vorstand in seinem Berichte einen kurzen Rückblick über das vergangene Geschäftsjahr. Durch eingehendes Voraufsehen aller Vorkommnisse in der Bewegung der Schriftsetzerei wurde nachgewiesen, daß durch die Zentral- und die Ortsleitung alles versucht worden ist, unsere Verhältnisse besser zu gestalten. Das Versammlungsleben wurde meistens durch Westrechnung der sich öfter notwendig machenden Lohn erhöhungen beeinflusst. Unser Mitgliederstand beträgt 73. Arbeitslose wären nicht zu verzeichnen. Die Klassenverhältnisse sind gut zu nennen. In der Aussprache wurde keine größere Kritik an der Tätigkeit des Vorstandes geübt. Bei der Vorstandswahl lehnten alle Vorgeslagenen ab, als erster Vorsitzender zu antreten, so daß sich Kollege A. Schmidt gezwungen sieht, die Geschäfte weiterzuführen. Den auscheidenden Vorstandskollegen, in erster Linie dem Kollegen Erich Fischer, der 11 Jahre unsere Kasse verwaltete, an dieser Stelle besten Dank für rege Mitarbeit. Nachdem ein Antrag der Statutenkommission, der alle Arbeitslosen- und Krankenunterstützungen aus den Satzungen zu streichen forderte, angenommen war, wurden letztere ohne größere Änderungen für rechtmäßig erklärt. Der zweiten Auflage des Frankfurter Mißtrauensvotums konnte wegen seiner teilweisen Unklarheit nicht in allen Punkten zugestimmt werden. Die geforderte Einberufung einer Reichskonferenz nach Frankfurt a. M. wurde einstimmig abgelehnt. Der Beitrag wurde auf 10 M. erhöht. Jede weitere sich notwendig machende Erhöhung liegt nach den neuen Satzungen in der Hand des Vorstandes.

Essen. Vielleicht dürfte es für die Kollegenschaft in dem übrigen Reiche von Interesse sein, einiges über die Verhältnisse im Ruhrgebiet zu erfahren. Hier Wochen dauert nun schon dies Ringen zwischen einem waffenstarrten Militarismus und einer in Abwehr stehenden friedlichen Bevölkerung, die als Waffe nur eine ruhige, feste Entschlossenheit besitzt. Zu den verschiedensten Maßnahmen, die die französische belgische Besatzungsbehörde bisher in Anwendung brachte, sind als neue Preisverbote in recht ansehnlicher Zahl hinzugekommen. Die ohnehin schon schwierige Lage der Buchdruckerhilfenschaft wird dadurch sicher nicht gebessert. Während die Lohngestaltung aller andern Berufsgruppen bisher den hier herrschenden Verhältnissen immer mehr angepaßt wurde, besteht bei uns Buchdruckern noch ein größerer Unterschied, als es bisher schon leider der Fall war. Mehrfache Versuche, hier durch ein örtliches Abkommen Linderung zu schaffen, führten vorübergehend auch zu Erfolgen. Jedoch wie allen örtlichen Aktionen bei uns im Gewerbe blieb auch diesen ein dauernder Erfolg versagt. Mehr und mehr tritt hierbei die Erscheinung zutage, daß die Lohnpolitik, wie sie von der Hauptleitung des Deutschen Buchdrucker-Vereins getrieben wird, dem Gewerbe jedenfalls nicht zum Vorteil gereichen kann. Regliche Berufs- und Arbeitsfreude wird systematisch unterdrückt. Der Deutsche Buchdrucker-Verein streut hier eine Saat aus, die sich später noch bitter rächen wird. Aber auch unsere Verbandsleitung dürfte hier etwas energischer zugreifen. Die Anzuehmigkeit der Kollegenschaft hier im „Kohlenpott“ hat deshalb einen bedenklichen Grad erreicht. Wenn unsere Lohnpolitik nicht bald in gesündere Bahnen gelenkt wird, dürfte uns noch manches Unliebbares bevorstehen. Mit der „schlechten Lage des Gewerbes“ und der Undurchführbarkeit der Druckpreise kann man gerade uns im Industriezentrum nicht grüselig machen; hier sieht manches anders aus als im Reiche. Mit dem „Entbehrungsfaktor“ treiben die Prinzipale doch nur Schindluder. Sie mögen gewarnt sein!

Hamburg. Unsere Generalversammlung, die am 20. Januar stattfand, befaßte sich mit dem neuen Tarifabkommen. Es wurden Vor- und Nachteile desselben besprochen. Auf's tiefste bedauert wurde von sämtlichen Kollegen, daß der Tarif überhaupt Nachteile für die Hilfenschaft gebracht hat. Trotzdem wurde aber die Ablehnung desselben verworfen und die Annahme empfohlen, weil wir durch die Ablehnung sicherlich einer tariflosen Zeit entgegensteuern würden, und was es heißt, ohne Tarifgemeinschaft dazustehen, wußte uns Kollege Paletski durch Anführung von Beispielen aus der Zeit von 1892 bis 1896 trefflich vor Augen zu führen. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten und Festhaltung des Marktgerichts durch den Kollegen Paletski wurde zur Vorstandswahl geschritten. Unser alter Vorsitzender Stübe war ausmüde geworden und legte seinen Posten nieder. Aus der Neuwahl gingen hervor: Kollege Broda als Vorsitzender, Kollege Satzler als Kassier. Der Vereinsbeitrag wurde einschließend des Gau- und des Bezirksbeitrages auf 100 M. abgerundet.

Hamburg-Altona. (Auserordentliche Generalversammlung am 30. Januar.) Nach verschiedenen geschäftlichen Mitteilungen wurde die Auffichtskommission für den Arbeitsnachweis gewählt. Kollege **Munzler** berichtete sodann über Verhandlungen mit den Unternehmern wegen der Frage des Arbeitsnachweises und der Auswahl der bezahlten Feiertage. Die Angliederung an den Staatlichen Arbeitsnachweis soll nach ihrer Durchführbarkeit und Kostenfrage von beiden Seiten geprüft werden. Bis dahin soll das alte Verhältnis bestehen bleiben. In der Frage der bezahlten Feiertage war keine Einigung zu erzielen. Da Hamburg und Preußen für uns in Frage kommen, empfiehlt Kollege **Munzler** der Einheitlichkeit wegen den Vorschlag als bezahlten Feiertag zu wählen. Nachdem sich alle Diskussionsredner mit Entschiedenheit für den 1. Mai ausgesprochen hatten, wurde in der Abstimmung gegen einige Stimmen beschlossen, an dem 1. Mai als bezahlten Feiertag festzuhalten. Eine längere Aussprache zeitigte die Frage der Unterstützung der Außerbetriebenen. Kollege **Munzler** ist der Meinung, daß man die prinzipielle Seite der Frage ruhen lassen und sich mit den gegebenen Tatsachen abfinden solle. Er erörterte die praktische Durchführung der Sammlung. Von den elf nachfolgenden Rednern sprachen sich zehn in entschiedener Weise gegen die Vereinfachung an der Vorkasse in der vorliegenden Form aus. Für die durch die gemeinsame Sammlung von Unternehmern und Arbeitern zu schaffende „Einheitsfront“ konnte sich keiner erörtern. Der **ADW** habe hier einen argen Fehlschritt getan. Nur ein Redner wünschte die Sammlung, trotz aller Bedenken doch vorzunehmen und vom **ADW** Garantien für die Verteilung zu verlangen. Folgende Entschließung fand gegen einzelne Stimmen Annahme: „Der Gau Hamburg-Altona des Verbandes der Deutschen Buchdrucker lehnt die Abführung des Stundenlohnes unter der Parole der Einheitsfront ab. Er erklärt sich bereit dazu, ihn abzuführen, wenn die Sammlung nur durch die Gewerkschaften für die Gewerkschaften des Druckgebietes gemacht wird.“ Gegen einzelne Stimmen wurde sodann beschlossen, daß der Gaubeitrag von der fünften Woche an 60 Proz. des jeweiligen Verbandsbeitrages beträgt. Die Mehreinnahmen sollen zur besseren Unterstützung der Arbeitslosen usw. verwendet werden. Aber die letzten Lohnverhandlungen erstattete Kollege **Munzler** kurz Bericht. In der Aussprache kam die Unzufriedenheit über die durch das Mettern des Dollars schon längst wieder überholte Erhöhung zum Ausdruck. Folgende Entschließung fand gegen einige Stimmen Annahme: „Die Hamburger Buchdrucker fordern den Verbandsvorstand auf, unverzüglich bei der Bundesleitung des **ADW** Schritte zu unternehmen, die darauf abzielen, das bisherige System der Lohnerhöhungen auf eine andere Basis zu stellen. Die letzten Monate haben mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt, daß der von den Gewerkschaften innegehaltene Weg nicht verhindern konnte, daß der Reallohn von Lohnerhöhung zu Lohnerhöhung sank. Speziell bei den Buchdruckern waren die Lohnerhöhungen schon Wochen vorher durch die Teuerung überholt, ehe sie zur Auszahlung gelangten. Das Vertrauen zur Organisation, zur Arbeiterbewegung überhaupt, ist erschüttert. Jeder versucht, seine wirtschaftliche Lage selbst zu bessern durch diese oder jene Maßnahme. Nur durch die Organisation kann der Gesamtheit geholfen werden. Die Lohnperioden müssen verkürzt werden; die Lohnregulierung muß nach der gleitenden Lohnskala geschehen und wöchentlich nach dem Index festgesetzt werden.“ Den Bericht vom Ortsausschuß erstattete der Kollege **Martens**. Über eine Betriebsräteversammlung berichtete Kollege **Zimmermann**. Er richtete den Appell an alle Kollegen, dem Beschluß, in der Zeit vom 1. Februar bis 31. März die Betriebsräte neu zu wählen, strikte nachzukommen.

Hamburg. (Maschinensetzer.) In der Generalversammlung am 21. Januar begrüßte Vorsitzender **Zimmermann** die auswärtigen Gäste von Lübeck sowie die anwesenden Mitglieder von den umliegenden Druckorten Hamburgs. Unter „Verinsmitteilungen“ teilte er mit, daß, trotzdem schon mehrere Mitglieder zu andern Berufen übergegangen sind, immer noch fünf Linotype- und vier Typographsetzer auf dem Arbeitsnachweis eingetragen seien. Außerdem ersuchte er die Kollegen, die Opfer der Aufnahme moralisch und materiell zu unterstützen. Zu dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht gab er einige kurze Erläuterungen. Hieran schloß sich eine sehr lebhaft ausgeführte Aussprache. Ein Kollege machte dem Vorstand den Vorwurf, daß er in der guten Konjunktur absolut nicht auf der Höhe war. Gegenüber unsern früher gehaltenen 25 Proz. wirkten die jetzt erreichten 7 1/2 Proz. direkt lächerlich; trotzdem versuchten noch einige Prinzipale, von den bisher gehaltenen Verinsmitteilungen Abzüge zu machen; das könne so nicht weitergehen. Kollege **Zimmermann** wies diese Vorwürfe zurück und betonte, daß jeder Kollege die Pflicht habe, die Versammlungen zu besuchen, um hier seine Wünsche vorzubringen und nicht nur hinter der Maschine zu knurren, dann wisse auch der Vorstand, daß er in der Kollegenchaft Mißhalt habe und könne andre Direktiven geben. Bei den Wahlen wurde der alte Vorstand bis auf die beiden freiwillig ausscheidenden Schriftführer wiedergewählt. Bei der Wahl der Technischen Kommission machte der feitherige Obmann Einwände. Ihm wurde entgegnet, wenn die Kollegenchaft sehe, daß die Unternehmer unsere Leistungen anerkennen und danach bezahlen, werde man auch das Technische wieder pflegen. Hierauf wurde die Technische Kommission ein hoc wiedergewählt. Nachmittags fand dann noch eine Besichtigung des Bierbeckers in einem hiesigen Betrieb statt.

Köln. (Maschinensetzervereinigung Gau Rheinland-Westfalen.) Die diesjährige Hauptversammlung, die am 21. Januar in Vohum stattfand, wurde ebenfalls durch die vom französischen Militarismus hervorgerufenen Ereignisse beeinflusst. Da die Dertunander Eisenbahner bei Soldaten Widerstand entgegengesetzt

hatten, ruhte der Verkehr von Vohum nach Westfalen, wodurch verschiedene Bezirke nicht erscheinen konnten. Unter dem Punkt „Geschäftliches“ gab Vorsitzender **Schrodt** die Ansicht der Zentralkommission zum neuen Tarif bekannt, die sich allerdings mit der feimigen nicht deckte. 10 Ausnahmen wurden bestätigt. Die Frage der Beitragserhöhung wurde dahin geregelt, daß der Gaubeitrag ab 1. Februar 10 W. die Woche beträgt; der Bezirksbeitrag wurde auf 15 W. festgesetzt. Ferner gelangte ein Vorstandsantrag zur Annahme, der dem Vorstand das Recht gibt, falls notwendig, den Beitrag den jeweilig veränderten Verhältnissen anzupassen. Es sei darauf hingewiesen, daß alle Bezirke jeden Monat ihren genauen Mitgliederstand einzusenden haben, da der Vorstand der „Z. W.“ auf anderer Grundlage erfolgt. Die Aussprache über den neuen Tarif wurde nach einem kleinen Intermezzo durch Übergang zur Tagesordnung erledigt, da die Abstimmung bereits erfolgt war. Die Jahresberichte der Bezirke sollen den einzelnen Bezirken übermittlelt werden. Der Kassierer und der Schriftführer lehnten eine Wiederwahl ab; es wurden an deren Stelle die vom Bezirk Köln vorgeschlagenen Kandidaten bestätigt, desgleichen die übrigen Vorstandsmitglieder. Unter „Technischem“ gab Kollege **Neuschubach** (Köln) seine Eindrücke von der Besichtigung der bei der Firma Krupp stationierten Linotype zum besten. Im Sitzungsteil wurde die Tagesordnung erledigt. Für nachmittags hatte der Bezirk Vohum zur Befichtigung der Bergwerksschule eingeladen, an der leider viele auswärtige Kollegen nicht teilnehmen konnten, da die unsichere Eisenbahn die sofortige Heimreise notwendig machte.

Konstanz. Die hier am 28. Januar abgehaltene Bezirksversammlung war, welcher nur schwach besucht, obwohl zwei auswärtige Redner dazu gewonnen waren. Der Vorsitzende **Linn** streifte in seinem Jahresberichte die tarifliche, gewerbliche und wirtschaftliche Lage und erwähnte die Mitglieder zur Geschlossenheit und Einheit. Der Kassierbericht des Kollegen **Wender** wurde genehmigt. Gauborstandsmitglied **Sasenfraz** (Freiburg) hielt hierauf ein Referat über „Die Tarifpolitik des Verbandes einst und jetzt“. Unter andern wertvollen Ausführungen gab der Redner auch bekannt, daß aus einer letzten aufgenommenen Statistik hervorgehe, daß die Konstanzer Gehilfenschaft im Punkte Aberrimumbezahlung eine sehr schlechte Note hat. Anschließend an dieses Referat gab Kollege **Franz Stocker**, Präsident der Sektion Schaffhausen des Schweizerischen Typographenbundes, einen Rückblick über den Kampf im Schweizerischen Druckergewerbe. Er betonte u. a., daß sowohl die Berner wie die Berliner Verbandsleitung nicht immer die Hochkonjunkturzeiten voll und ganz für die Gehilfenschaft ausgenutzt hätten, daß es aber heute verheißt sei, einem Streik das Wort zu reden; der verlorengegangene Streik der Schweizer Kollegen möge eine Warnung sein. Sodann streifte der Redner noch die politische Lage im Ruhrgebiet, allen Kollegen beherzigenswerte Worte mit auf den Weg gebend; nicht das Wünschen und Wollen in Worten helfe uns, sondern nur die Tat. Beide Redner ernteten reichen Beifall. Die Neuwahlen der Funktionäre ergaben keine Veränderung, mit Ausnahme des Schriftführers.

Leipzig. (Generalversammlung der Drucker vom 21. Januar.) Den Bericht von den Tarifverhandlungen in Berlin erstattete Kollege **Waufeld** in längerer Ausführungen. In der lebhaft eingehenden Diskussion nahm Kollege **Bähler** die ziemlich spät im „Korr.“ erschienenen Protokollerklärungen zum neuen Tarif scharf unter die Lupe und betonte, daß die Erklärungen nur als Nebel für die Kollegen betrachtet werden können und auch dementsprechende Auswirkung haben müßten. Diese Ausführungen fanden Unterstützung durch die Kollegen **Lehmann** und **v. d. Heide**. Zu den Protokollerklärungen betreffs Formenschließen stellte Kollege **Thomass** den Verantwortungspargraphen in Parallele. Die Vorwürfe gegen den „Korr.“ parierte Kollege **Schaeffer**. Kurz ging Kollege **Waufeld** im Schlußwort nochmals auf die gemachten Ausführungen ein. Zu Punkt 2 und 3 der Tagesordnung verwies Vorsitzender und Kassierer kurz auf den gedruckt vorliegenden Jahresbericht. Der Vorstand beantragte zum § 4 des Statuts: „Der wöchentlich zu zahlende Beitrag ist vierteljährlich, und zwar in den Versammlungen der Monate März, Juni, September und Dezember festzusetzen; Eintrittsgeld wird nicht erhoben, jedoch ist der doppelte Wochenbeitrag für Ausstellung einer Mitgliedskarte oder eines Duplikats zu zahlen.“ Das fand Annahme. Auf Antrag des Vorstandes wurde der Titel des Vereins wie folgt geändert: „Verein Leipziger Drucker im Verband Deutscher Buchdrucker“. Auf Antrag erfolgte einstimmige Entlastung des Gesamtvorstandes sowie die Wiederwahl des feitherigen Vorsitzenden **Waufeld** und des Kassierers **Föhrling**. In den übrigen Ämtern erfolgte zum Teil Neubesezung. Den Bericht des Kreisvorstandes erstattete Kollege **Kränel**. Anschließend folgte der Massenbericht. Folgender Antrag des Kreisvorstandes zur Übermittlung an die Zentralkommission fand Annahme: „Die Kreiszentrale Leipzig beantragt die Einberufung einer baldigen Kreisvorstandskonferenz nach Berlin. Dieselbe soll die Aufgabe haben, Stellung zu dem abgeschlossenen Tarif zu nehmen und Nichtklinten aufzustellen, die das Fortbestehen der Druckersparte gewährleisten.“ Punkt 11 brachte einstimmige Entlastung des Kreisvorstandes. Kollege **Kränel** lehnte eine Wiederwahl wegen Verurwechslung ab. Kollege **Waufeld** rückte an seine Stelle.

Leipzig. (Korrektoren.) Zu einer eindrucksvollen Kundgebung gegen die tarifliche Entrechtung gestaltete sich die vom Korrektorenverein einberufene allgemeine Korrektorenversammlung. In temperamentvoller Weise sprach Kollege **Alwin Werthold** über den alten

und den neuen Tarif sowie über das Bestreben der Prinzipale, die Korrektoren und Revisoren engbüßig aus dem Tarif hinauszubringen. Redner behandelte sodann im einzelnen die Vorgänge bei den Tarifverhandlungen. Darin, daß unsern Vertretern (alten, erfahrenen Buchdruckern) von Seiten der Prinzipale Nichtfachmänner als Unterhändler gegenübergestellt wurden, denen die Tätigkeit des Korrektors und Revisors ein Buch mit sieben Siegeln sei, zeigte sich eine bewußte Unterschätzung unsres Berufes, die jede Verständigung von vornherein aufs äußerste erschwere. Dieses Verfahren sei wenig geeignet, Berufsliebe und Lust zu der aufreibenden Arbeit der Korrektoren, die unter den heutigen Verhältnissen ohnehin sehr leiden müssen, zu fördern und zu heben. Den Schaden hiervon hätten letzten Endes die Prinzipale. Nach eingehender Würdigung dessen, was der neue Tarif mit seinen nackten acht Beilen den Kollegen nunmehr bietet, kam Redner zu dem Schluß, daß wir alles daran setzen müssen, eine weitere Verschlechterung unsrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse hintanzujagen durch persönliches mannhaftes Eintreten für unsre Forderungen unter eventueller Ausnutzung der Schiedsinstanzen oder der durch Verband und Sparte gewährleisteten Unterstützung. An der Aussprache beteiligte sich u. a. Kollege **M a u f f**, der, gestützt auf seine langjährigen Erfahrungen an verantwortungsvoller Stelle in der Korrektorenbewegung, einen kurzen geschichtlichen Rückblick über die tariflichen und organisatorischen Kämpfe gab und zum Festhalten an dem einmal für recht Erachteten ermahnte. Kollege **G l ü c k** schilderte in seiner Eigenschaft als Gehilfenbetreuer die Schwierigkeiten, die bei der diesmaligen Tarifberatung zu überwinden waren, die zum Teil in dem Daniederliegen des Gewerbes zu suchen seien, zum Teil von der gegenwärtig bei uns dominierenden politischen Richtung beeinflusst waren, was auch vom Kollegen **S e l m h o l z** in interessanten Ausführungen bestätigt wurde. Kollege **W e r t h o l d** wies in seinem Schlusswort nochmals auf die Gefahren hin, die dem einzelnen wie dem gesamten Gewerbe drohen, wenn die Kollegenschaft nicht einig und fest den ungünstigen Gegenströmungen begegnet. Eine Entschließung, die zum Ausdruck bringt, daß die Versammelten entschlossen sind zur entscheidenden Abwehr aller Zumutungen von Seiten der Prinzipale, die auf Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hinauslaufen, und einig sind in der Beurteilung der Verhandlungsgepflogenheiten, einig aber auch in dem Gelübdis, trenn zum Verband und zur Sparte zu halten, wurde einstimmig angenommen. — Die anschließend stattfindende **H a u p t v e r s a m m l u n g** nahm den Bericht des Vorsitzenden zustimmend entgegen, der allenthalben von erfreulichen organisatorischen Fortschritten zeugt. Die Mitgliederzahl betragt gegenwärtig 185; in der Versammlung konnten wiederum drei Mitglieder aufgenommen werden — ein erfreuliches Zeichen, daß sich die Leipziger Kollegenschaft keineswegs durch den zeitlichen tariflichen Mißerfolg entmutigen läßt. Die Wahlen ergaben einstimmige Wiederwahl des Vorstandes. Vorsitzender wurde Kollege **W e r t h o l d**.

Weste i. Hann. Unsrer diesjährige **H a u p t v e r s a m m l u n g** beliebt die Vorstandsämter so ziemiich in denselben Händen. Rückblickend auf das verfloßene Jahr können wir erfreulicherweise mitteilen, daß wir Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit nicht gekannt haben. Als Weihnachtsgabe für unsre Kranken und Kriegervetenen führte jeder (einschließlich Hilfspersonal) einen Stundenlohn ab; auch die Firma **F. G. Haag** stiftete einen ansehnlichen Betrag. Gleich zu Anfang des neuen Jahres hatten wir den ersten Not zu beklagen. Die Begräbniskosten sind durch zwei Stunden Überarbeit des Gesamtpersonals bei der in Frage kommenden Firma gedeckt worden; die Kollegen trugen ihren Not selbst zu Grabe.

München. (Handsekervereinigung — Vierteljahrsbericht.) In der Versammlung am 7. Oktober erstattete Vorsitzender **S l e i n** ein vorzügliches Referat über die gegenwärtige Lage der Handseker. Hervorhebend die trostlose Lage, bestehend aus großer Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit bis zu 24 Stunden, vorwiegend bei den Handsekeren, streifte er auch die Gleichgültigkeit, mit der die Handseker ihren engeren Berufsinteressen gegenüberstehen. Zur Frage Handseker und Maschinenseker nahm er ebenfalls Stellung. — Am 12. Januar 1923 fand die ordentliche Generalversammlung statt mit einem Referat des Gehilfenvertreter's Kollegen **H e m m e r i c h** über: „Die Bedeutung des neuen Tarifs für die Handseker“. Dieses Referat, das eine Fülle von Wissenswerten für die Handseker bot, fand eine aufmerksame Zuhörerschaft. Er behandelte alle Fragen, die die Handseker betreffen, ausgehend davon, daß, wenn auch in München nicht mehr berechnet werde, so doch der Tarif für das Berechnen die Grundlage für die Handseker bilde. Die Neuwahl des Ausschusses ergab die Wiederwahl des bisherigen Vorsitzenden **Adolf Klein**, München, Güntherstraße 21, part.

Offenbach a. M. (Schriftgießer.) Die am 31. Januar stattgehabte Jahresversammlung der Schriftgießereiarbeiter und -arbeiterinnen wies ihrer Wichtigkeit halber einen starken Besuch auf. Der Vorsitzende berichtete eingehend über die Tätigkeit des Vorstandes im abgelaufenen Jahre. Die Versammlung billigte einstimmig die Tätigkeit desselben. Der seitliche Vorstand wurde wiedergewählt. Infolge der ungeheuren Geldentwertung wurden 3 Proz. vom jeweiligen Verbandbeitrag als Spartenbeitrag festgesetzt. Des weiteren entspann sich eine sehr erregte Aussprache über die nach tariflichen Bestimmungen am 1. April 1923 eintretende perzentale Lohnsteigerung und die von Münchenern des Tarifamts und der Zentralkommission geübte Auflehnung über diese Bestimmungen. Es wurde besonders hervorgehoben, daß der Tarif des Wesen sei. Denn wohn solle es führen, wenn eine von den Mitgliedern der Zentralkommission sowie des Tarifamts selbst als juristisch für einwandfrei erklärte Bestimmung, die jugendliche

Gehilfe gehe, der „jungemäßen“ Auslegung preisgegeben sein solle und willkürlich ausgelegt werden könne? Dann solle man auch nicht daraus sich ergebende Konsequenzen fürchten. Tarifbrüche gäbe es dann nicht mehr. Gebeugtes Recht wäre sanktionierter Tarifbruch, auch wenn er nicht allein zum Schaden des wirtschaftlich Stärkeren, sondern auch des wirtschaftlich Schwächeren geht. In weiterer Aussprache wurde über die viel zu geringe Entlohnung der hiesigen Gehilfen gellacht. Die Metallarbeiter erhielten schon vom 24. Januar ab 90 M. und erhalten vom 7. Februar ab 1200 M. pro Stunde Mindestlohn, zu dem dann noch eine beträchtliche Qualitätszulage kommt. Die Schriftgießer erhalten in derselben Zeit 672 M. und 808 M. Mindestlohn, zu welchem außer der Frauenzulage von 28 M. bzw. 33 M. im höchsten Falle 5 M. Leistungszulage kommt. Es wurde auf den § 3 des Tarifs hingewiesen, auf dessen Grundlage ein Ausgleich geschaffen werden könne, da ja auch schon in dieser Beziehung in Friedenszeiten den teuren Lebensverhältnissen der beiden Städte Berlin und Hamburg Rechnung getragen wurde. Man war der Meinung, daß in diesem Falle, wo sich die Teuerungsverhältnisse durch die in nächster Nähe befindliche Vefetzung und bei der Zuwanderung valulastarter Käufer nach Frankfurt und Offenbach hin verschoben haben, ein Ausgleich für die Gehilfen dieser Städte notwendig zu schaffen sein würde. Um über alle diese Dinge Klarheit zu erlangen, forderte die Offenbacher Kollegenschaft die schnellste Einberufung einer Konferenz nach Frankfurt a. M.

Offenbach (Dfpr.). Am 13. Januar hielt der hiesige Ortsverein seine **G e n e r a l v e r s a m m l u n g** ab, die vollzählig besucht war. Der Vorsitzende erstattete einen ausführlichen Jahresbericht. Alle Teuerungsulagen konnten es nicht verhindern, daß die Verelendung der Kollegenschaft immer schlimmere Formen annahm. Anfang des Jahres war der Geschäftsgang zufriedenstellend, ging aber im Laufe des Jahres immer mehr zurück, so daß auch die hiesige Kollegenschaft vom Verfürgarbeiten nicht verschont geblieben ist. Der Versammlungsbefuch hätte besser sein können. Die Mitgliederzahl bewegte sich zwischen 20 und 14. In andere Berufe sind drei Kollegen übergegangen. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Eine eingehende Vefechung wurde dem neuen Tarif zuteil.

Siegen. Am 14. Januar lagte in Siegen unsre erste diesjährige **B e z i r k s v e r s a m m l u n g**. Der Besuch war gut, namentlich aus den Bezirksorten waren die Kollegen zahlreich erschienen. Vor Eintritt in die Verhandlungen gaben die Versammelten ihren Gefühlen für die hartbedrängte Bevölkerung des Ruhrgebiets durch Erheben von den Sitzen Ausdruck. Die Vefprechung des neuen Tarifs zeitigte eine lebhafte Aussprache. Eine Vefriebigung des Geschäftens war allgemein nicht zu konstataren. Es müsse als sehr bedauerlich bezeichnet werden, daß es der Prinzipalität durch die Macht der Verhältnisse gelungen sei, der Gehilfenschaft einen solchen Tarif aufzuzwingen. Die in Vorschlag gebrachten Ortszuschläge für den Bezirk gelangten zur Kenntnis. Nachdem wurde noch über eine zu gründende Notgemeinschaft im Bezirk gesprochen und dem Vorstand die Vorarbeiten hierzu übertragen.

Stolz (Rommern). In unsrer **G e n e r a l v e r s a m m l u n g** am 27. Januar wurde der alte Vorstand mit dem Kollegen **W o d t k e** als Vorsitzendem durch Zuruf wiedergewählt. Der Versammlungsbefuch war im vergangenen Jahre nur mäßig. Der Mitgliederstand betrug am Anfang des Jahres 18. Durch das Eingehen einer Tageszeitung und infolge der sonstigen schlechten Arbeitslage in unserm Gewerbe ging die Mitgliederzahl am Ende des Berichtsjahres auf 9 zurück; aber selbst von dieser kleinen Zahl ist noch ein Kollege außerhalb des Berufs tätig. Um die allgemeinen Unkosten des Ortsvereins zu bedecken, mußte der Beitrag erheblich erhöht werden. Es wurde beschloffen, daß in Zukunft jeder Kollege den „Korr.“ selbst bezahlen muß, da sonst die Ortskasse zu sehr belastet wird. Im hinterpommerischen Prinzipalslager tauchen „Sturmzeichen“ auf; jedoch ist die Kollegenschaft auf jede Überraschung gefaßt und wird zu gegebener Zeit den Herren die Stirne bieten.

Zittau. In der am 23. Januar stattgehabten **G e n e r a l v e r s a m m l u n g** unsres Ortsvereins gedachte der Vorsitzende **S z a g e** zunächst der leidenden Ruhrbevölkerung und gab dann einen Überblick über das abgelaufene Geschäftsjahr. Dieses war, trotzdem es ohne Kampf vorüber ging, ein schweres, denn die Folgen des wirtschaftlichen Niederganges machten sich in erschreckender Weise bemerkbar. Hatlen wir am Jahreseschluß 1921 noch 130 vollarbeitende Mitglieder am Orte, so sind es jetzt knapp 100. Von diesen sind 15 arbeitslos, während der noch in Arbeit verbleibende Teil verfürzt arbeitet. Ein Unterkommen in anderen Berufen ist jetzt auch sehr schwer, da der Niedergang sich überall bemerkbar macht. Erschwerend kommt noch hinzu, daß die Prinzipale unsres Ganges — Königaberg ausgenommen — nicht dem Deutschen Buchdrucker-Verein angehören und sich an die tariflichen Vereinbarungen nicht halten wollen. Dadurch wird wohl der bisherige Frieden manchmal in Frage gestellt sein, da wir unter allen Umständen unser Recht festhalten werden. Der bisherige Vorstand wurde durch Zuruf wiedergewählt. Vorsitzender **M a x S z a g e**; Kassierer **F r a n z V r i g a t**.

Willingen i. W. Der hiesige Ortsverein begann am 14. Januar die **W e i e r d e s 2 5 j ä h r i g e n B e i t r e h e n s**. Im Hinblick auf die gegenwärtige Lage wurde dieselbe in eigener Kreise unter Anwesenheit des hiesigen Fabrik (Vater) als Vertreter des Gewerkschafts, von Gästen aus Zwickau, Zwickau, Zwickau und St. Georgen sowie Vertretern der übrigen Gewerkschaften abgehalten. Dem erwidern noch hier weilenden Mitglieder unsres Ortsvereins, dem vorerzählten Vorhaben Anton **S c h e i t e**, wurde als chreade Unternehmung eine kleine **G r o u p e** überreicht. Gewohnt zu werden verdient ferne ein unter allgemeinem Beifall be-

lesenes Schreiben des „Korr.“-Redakteurs Schaeffer, der zur Zeit der Gründung des Ortsvereins hier in Kondition war. Komme, was kommen mag — auch hier oben im Schwarzwald werden wir unsere gerechte Sache in eine hoffentlich kalbige, bessere Zukunft hinüberretten, trotz alledem!

Bezirk Waldburg (Zhl.) (Maschinenf. u. e.) Aufsee am 21. Januar abgehaltene Generalversammlung hatte eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Die Hoffnungen, die wir im vergangenen Jahre auf bessere Zeiten hegten, sind leider zu Wasser geworden; eine stattliche Zahl der Kollegen im Bezirk ist bereits vom Beruf abgegangen. Der neue Tarif wurde lebhaft debattiert. Man konnte auch hier die Unzufriedenheit mit den vielen Verschlechterungen, die er uns gebracht hat (Ferienfrage usw.), feststellen. Auch die uns quälend zugestanden 7 1/2 Proz. als Maschinenherauszahlung entsprechen nicht im entferntesten den gehegten Erwartungen. Da wir infolge unseres weitverzweigten Bezirks mit sehr hohen Fahrtkosten usw. zu kämpfen haben, mußte der Beitrag entsprechend erhöht werden, damit es uns möglich wird, wenigstens ein- bis zweimal im Jahre zusammenkommen zu können. Der Beitrag beträgt von jetzt ab 10 Proz. des reinen Verbandsbeitrages. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Müller (Waldburg) gewählt. — Nach Schluß der Versammlung erfolgte die Besichtigung eines neuen Dreideckers sowie der Winkler Weizung in der „Zehlfischen Bergwacht“.

Allgemeine Rundschau

Die neuen Kostgeldsätze für Buchdruckerlehrlinge. Die vom Deutschen Buchdrucker-Verein errechneten neuen Kostgeldsätze wurden in Nr. 14 der „Zeitschrift“ veröffentlicht. Gegenüber unserer zur vorläufigen Information erfolgten Ausrechnung in Nr. 10 des „Korr.“ ergeben sich einige kleine Abweichungen infolge unterschiedlicher Auf- oder Abrundung. Aus diesem Grunde empfehlen wir die Beachtung der nachstehenden Tabelle aus der „Zeitschrift“:

Orts- schl. Proz.	Erstes Lehr- jahr M.	Zweites Lehr- jahr M.	Drittes Lehr- jahr M.	Viertes Lehr- jahr M.	Orts- schl. Proz.	Erstes Lehr- jahr M.	Zweites Lehr- jahr M.	Drittes Lehr- jahr M.	Viertes Lehr- jahr M.
0	3120	3845	4570	6015	15	3600	4430	5265	6925
2 1/2	3200	3940	4685	6165	17 1/2	3675	4525	5390	7075
5	3280	4040	4800	6320	20	3750	4620	5490	7225
7 1/2	3360	4135	4920	6475	22 1/2	3830	4720	5605	7480
10	3440	4235	5030	6625	25	3910	4820	5725	7535
12 1/2	3520	4330	5145	6775					

Die deutsche Bücherproduktion im ersten Halbjahr 1922. Eine vom „Wochenblatt für den Deutschen Buchhandel“ kürzlich veröffentlichte Statistik über die deutsche Büchererzeugung in der ersten Hälfte des Vorjahres zeigt ein weiteres Anschwellen der bibliographisch erfaßten literarischen Produktion im deutschen Buchgewerbe. Die Summe aller registrierten Veröffentlichungen beläuft sich auf 18332. Davon hat die größte Ziffer an Neuerscheinungen die Gruppe schöne Literatur, nämlich 2855; dann folgt die Gruppe Rechts- und Staatswissenschaft, Politik, Volkswirtschaft, Statistik mit 2371. Auf dem Gebiete von Handel und Verkehr sind 1684 Neuerscheinungen gezählt. Die Gruppe Erziehung und Unterricht, Jugendbewegung, Schulbücher umfaßt 1592 Neuerscheinungen. Religionswissenschaft, Theologie, Mythologie stellt mit 1403 Nummern an fünfter Stelle. In der Gruppe, die Werke allgemeinen Inhalts umfaßt, werden 1012 Neuerscheinungen gezählt. Auf dem Gebiete der Kunst und des Kunstgewerbes, von Musik, Theater, Tanz, Kino sind 921 Neuerscheinungen gebucht. Von auffälligen Einzelheiten gibt der Bearbeiter der Statistik an, daß die erbauliche Literatur, die der Gemeinschaftsbewegung dienen will, stärker als sonst hervortritt; ebenso wurden Veröffentlichungen über Themen, die die innen- und außenpolitische Lage bessern helfen sollen, häufiger als früher gezählt. Die Broschüren und andre schmale Bändchen haben ein großes Übergewicht über dieleibige Werke erreicht. Während die Zahl der Neuerscheinungen zugenommen hat, darf angenommen werden, daß die Auflagenhöhe der einzelnen Erscheinungen, gemessen an der Vorkriegszeit, bedeutend zusammengedrumpft ist.

Förderung des volkstümlichen Bücherwesens. Über praktische Maßnahmen auf diesem Gebiete in Thüringen wurde aus dem Thüringischen Ministerium für Volksbildung in einer Zuschrift an die Presse folgendes mitgeteilt: „In der Überzeugung, daß in der gegenwärtigen und kommenden wirtschaftlichen Notlage die öffentlichen volkstümlichen Bibliotheken eine große Bedeutung für die Erhaltung unsres Geisteslebens und der Volksbildung gewinnen werden, hat der Thüringische Staat schon rechtzeitig geeignete Maßnahmen vorbereitet, die es möglich machen können, die Bücherbeschaffung auch in Zeiten verhältnismäßig hoher Bücherpreise und geringer öffentlicher und privater Unterstützungen zu sichern. Bereits im Frühjahr 1922 wurde für den dringendsten Bedarf der Volksbibliotheken durch ein staatliches Darlehen an der Volkshochschule Thüringen ein Notstandslager angelegt, dessen heutiger Wert viele Millionen ausmacht. Nachdem im Januar die erste Liste dieses Lagers veröffentlicht worden ist, wird das Lager von zahlreichen Bibliotheken in Anspruch genommen. Ja, es hat in einer Reihe von Fällen Unfug geübt, daß gerade heute, wo anderwärts die Bibliotheken um ihr Dasein kämpfen müssen, durch Bewilligung von Gemeinden, Unterstufungen der Raiffeisen-Vereine, vor allem aber durch das opferfreudige Eintreten der Lehrerschaft neue Volksbibliotheken geschaffen wurden. Zur Förderung dieser wichtigen Arbeit hat das Ministerium für Volksbildung

ferner die Einrichtung von Kreisberatungsstellen für das Volksbildungswesen bei den Thüringischen Kreisbibliothekärgen vorgesehen und zum Teil bereits durchgeführt.“

Erscheinen von Brodhaus' Lexikon gestrichelt. Der vierbändige Brodhaus soll, wie der Presse vom Verlage J. A. Brodhaus in Leipzig mitgeteilt wird, noch in diesem Jahre abgeschlossen werden. Trotz der Ungunst der Zeiten entbehren alle Verträge, die Weiterarbeiten an der neuesten im Erscheinen begriffenen Auflage des Brodhaus'schen Konversationslexikons seien eingestellt, jeder Grundlage. Sie beruhen zweifellos auf Verwechslungen mit ähnlichen Unternehmungen anderer Firmen, deren Aufgabe kürzlich gemeldet wurde. Ganz im Gegenteil ist es dem Verlag gelungen, die Herstellung des vorletzten Bandes so zu fördern, daß der Druck nahezu beendet ist und die hohe Auflage sich größtenteils beim Buchbinder befindet. Der dritte Band wird bereits im März dieses Jahres erscheinen. Auch für den Schlußband sind die Vorarbeiten so weit gediehen, daß der Verlag bestimmt erwartet, das ganze Unternehmen noch in diesem Jahre zu Ende führen zu können.

Trotz Dollarkursentung Preissteigerungen. Obwohl der Dollarkurs in der letzten Woche um 60 Proz. gesunken ist, war die skandalöse Tatsache zu verzeichnen, daß eine ganze Reihe von Inlandsprodukten höher im Preise stehen als Auslandswaren. Die Erregung darüber in weiten Bevölkerungskreisen ist stark und durchaus berechtigt. Infolgedessen richtete der Präsident des preussischen Landespolizeiamts an sämtliche Polizeiverwaltungen in Preußen folgende Aufforderung: „Der Präsident des Landespolizeiamts stellt mit Verwundern fest, daß, obwohl seinerzeit das Steigen des Dollarkurses seine sofortige Rückwirkung auf fast alle Warenpreise gefunden hat, nimmere die in der letzten Woche erfolgte Senkung des Dollarkurses um mehr als 60 v. H. in den Warenpreisen fast nirgends zum Ausdruck gekommen ist. Im Gegenteil stellen sich gerade jetzt die Preise einer ganzen Reihe von Inlandsprodukten höher als Waren, die entweder aus dem Auslande eingeführt sind oder einen überwiegenden Bestandteil ausländischer Rohstoffe enthalten. Diese Tatsachen werden dem Präsidenten des Landespolizeiamts unausgesetzt in zahlreichen mündlichen und schriftlichen Vorstellungen aus allen Kreisen der Bevölkerung und auch in vielen amtlichen Berichten mit erschöpfendem Beweismaterial vorgebracht. Diese massenhaft einkaufenden Beschwerden legen auch Zeugnis ab von der überaus starken Mißstimmung, die in weitesten Kreisen der Bevölkerung anlässlich dieser Mißstände herrscht. Die Polizeiverwaltungen werden erneut und unter Bezugnahme auf alle bisher ergangenen Verfügungen des Landespolizeiamts dringlichst angewiesen, diesen Mißständen nachzugehen und überall da, wo die Annahme von wucherischen Preisforderungen gerechtfertigt erscheint, sofort Ermittlungen anzustellen und gegebenenfalls die sofortige Einleitung des Strafverfahrens bei den zuständigen Stellen zu veranlassen, und wenn Tatsachen vorliegen, die die Anzugehörigkeit des Händlers erweisen, auf Grund der Verordnung vom 28. Oktober 1918 rückwärtslos mit der Entziehung der Handelsverlaubnis vorzugehen.“ In einem ähnlichen Erlaß des preussischen Handelsministers an alle Handelskammern wird ebenfalls darauf hingewiesen, daß die erfreuliche Besserung, die der Stand der Mark in letzter Zeit erfahren hat, in den Warenpreisen noch keinen Ausdruck fand. Jedenfalls müsse festgestellt werden, daß die Anpassung an die Marktlage sich beim Sinken der Mark ungleich schneller und in erheblich stärkerem Maße vollzieht, als es sich bei umgekehrter Entwicklung zeigt. Die Vermeidung über die ungeheure Preissteigerung nach dem vorausgehenden Marksturz werde noch weiter gesteigert und eine derartige Entwicklung müsse bei der Bevölkerung auf starken Widerstand stoßen. Wenn der Handelsminister schließlich an die beteiligten Kreise appellierte, sich der durch die politischen Verhältnisse verschärften besonderen Verantwortung bewusst zu sein und den Verbrauchern die gebotenen Rücksichten entgegenzubringen, so hört man wohl die Volkstasche, aber es fehlt einem der Glaube an den Erfolg. Dazu wurzelt der sträfliche Eigennutz in der gesamten Handelswelt und weit darüber hinaus viel zu tief. Zu einer Besserung der Verhältnisse gelangen wir erst dann, wenn sich die Menschen bessern, d. h. wenn möglichst viele von ihnen erkennen, daß der einzelne nicht für sich selbst so viel wie möglich erjagen darf, sondern daß jeder seine Kräfte in den Dienst des Ganzen stellt und so seinen Vorteil findet.

Einkommensteuererklärungen betreffend. Die Abgabe von Einkommensteuererklärungen, die in der Regel im Monat Februar jeden Jahres zu erfolgen hat, ist für dieses Jahr vom Reichsminister der Finanzen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden. Es soll damit bezweckt werden, daß das Gesetz über die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuergesetzen, das augenblicklich vom Steuerausfluß des Reichstags beraten wird, hierbei sowie bei der Abgabe von Vermögenssteuererklärungen zur Anwendung kommen kann. Der Entwurf dieses Gesetzes sieht die Einführung der Zahlungsfrist bei Abgabe der Steuererklärung und die Festsetzung von Verzugszinsen in Höhe von 10 Proz. monatlich vor. Die Regierung glaubt dadurch die beschleunigte Erhebung der Steuern genügend gesichert und auch der Geldentwertung Rechnung getragen zu haben. Ganz abgesehen nun davon, daß die Höhe der Verzugszinsen den jetzigen Verhältnissen keineswegs entspricht, kann von einer Verschärfung des Steuerrechts um so weniger gesprochen werden, als dem geringen Fortschritt ein erheblicher Rückschritt dadurch gegenübersteht, daß neben andern Erleichterungen für die Sachwertbesitzer auch die Tarife in verschiedenen Steuergesetzen wesentlich gemildert werden sollen. Um der Geldentwertung in den Steuergesetzen einigermaßen wenigstens Rechnung zu tragen, hat daher die Vereinigte Sozialdemokratische Partei die Festsetzung der Steuerhöhen, und zwar schon für das Jahr 1922, nach der durchschnittlichen Erhöhung des Goldzollaufgelbes in

Vorschlag gebracht. Die Arbeitnehmer, deren Anteil am Einkommensteueraufkommen immer größer wird und im Dezember 80 Proz. bereits überschritten hat, können mit Recht verlangen, daß dem Vorschlag entspre-

Die Not der Krankenkassen. Von der sozialdemokratischen Fraktion des preussischen Landtages wurde folgende Anfrage an die Regierung gerichtet: „Die katastrophale Entwertung der deutschen Mark, die ungezügelt einseitige Verteuerung aller Schreib- und Werbematerialien und Heilmittel sowie das sprunghafte Hinaufschwellen der Ausgaben für die Ärzte, Zahnärzte, Apotheker und für die Verpflegung in den Krankenhäusern haben die meisten Krankenkassen fast zum Erliegen gebracht. Schon haben die Krankenkassen den Versicherungssämtern die Verwaltung der Kassen überlassen, da den Sanierungsversuchen der Kassenverbände gesetzliche Grenzen gezogen sind. Weitere dürften schon in allernächster Zeit folgen. Der völlige Zusammenbruch zunächst der Krankenversicherung und damit in Verbindung der gesamten Sozialversicherung steht zu befürchten. Was gedenkt das Staatsministerium dagegen zu tun? Ist es insbesondere bereit, die Oberversicherungsämter anzuweisen, der furchtbaren Not der Krankenkassen erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden? Ist das Staatsministerium bereit, im Reichsrat und bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß schnellste und durchgreifende Hilfe erfolgt?“

Die erhöhten Postgebühren. Vom 1. März an treten bekanntlich wiederum erhöhte Postgebühren in Kraft. Die wesentlichsten davon sind folgende: Postkarten im Ortsverkehr 20 M., im Fernverkehr 40 M., Briefe bis 20 Gramm im Ortsverkehr 40 M., im Fernverkehr 100 M., bis 100 Gramm 60 M. bzw. 120 M., Drucksachen bis 25 Gramm 20 M., bis 50 Gramm 40 M., bis 1 Kilo 150 M., Geschäftspapiere und Mischsendungen bis 250 Gramm 100 M., bis 1 Kilo 150 M., Warenproben bis 250 Gramm 100 M., bis 500 Gramm 120 M., Päckchen bis 1 Kilo 200 M., Pakete bis 8 Kilo Maßzone 300 M. (Fernzone 600 M.), bis 5 Kilo 500 M. (1000 M.), bis 10 Kilo 1000 M. (2000 M.), bis 15 Kilo 1750 M. (3500 M.), bis 20 Kilo 2500 M. (5000 M.), Zeitungspakete bis 5 Kilo 250 M. (500 M.), Postanweisungen bis 1000 M. 60 M., bis 5000 M. 90 M., bis 10 000 M. 120 M., bis 50 000 M. 360 M. Paketbestellgebühr pro Paket 100 M. (Zeitungspakete 50 M.), Paketausgabengebühr 30 M. (bzw. 15 M.), Gebühren für bar eingezahlte Zahlkarten bis 1000 M. 20 M., bis 5000 M. 30 M., bis 10 000 M. 40 M., bis 50 000 M. 120 M., bis 100 000 M. 150 M. usw., für bargeldlos bezahlene Zahlkarten dieselbe Gebühr, höchstens jedoch 150 M.

Briefkasten

F. O. in S.: Da sieht man einmal wieder, wie weit es mit der Abseßfertigkeit und Ähnllichkeit der Buchdrucker her ist. Dem Verfasser wollen wir mit Ihrem Nasenstüber eine „Freude“ bereiten. — W. D. in S.: Die erste Eisenbahn (11. 2.) kam zu spät, die zweite (17. 2.) ist schon überholt, denn Ihr Stundenlohn ist nicht 648, sondern 909,73 M. Im „Korr.“ können wir nicht mit falschen Zahlen operieren lassen. Aberggeben Sie die Schilderung der dortigen Verhältnisse doch dem Organisationsreferenten zu den Verhandlungen, denn bis zum nächsten Verhandlungstermin wäre schließlich nicht einmal Unterbringung möglich. — W. R. in S.: Werden Anregung weitergeben nach Berlin. — J. S. in S.: Gern entsprochen, aber einiges macht sich so wohl besser. — J. S. in S.: Daß die Leipziger Kommunisten im vergangenen Jahre bei Sprengung des Bauarbeiterverbandstags im „Volks- haufe“ nicht nach dem Appell handelten: „Dem Schutze des Publikums empfohlen“, daß sie von den Sammlungen für das „Volkshaus“ sich ausschlossen, daß sie für die schönsten Einrichtungen des „Volkshauses“ nur Hohn und Spott übrig haben, ist ja bekannt. Die Wahl des „Volkshauses“ zu ihrem Parteilokal war deshalb „konsequent wie immer“ von den Kommunisten. Neu ist uns jedoch, daß die Kommunisten zur Eröffnungsfest ihres Parteilags den zu allen nationalen Veranstaltungen spielenden Musikdirektor engagierten, das der Leipziger Arbeiterschaft seit vielen Jahren zur Verfügung stehende leistungsfähige Orchester jedoch übergingen. Das paßt alles wunderbar zueinander und zu der in dem Leipziger Kommunistenblatte kultivierten besonderen proletarischen Kunst geradezu klassisch. Wie haben aber keinen Raum, uns näher mit diesen Leistungen kompletten Widerspruch zu be- fassen. — E. D. in S.: Nein, so geht das nicht. „Der Wichtigkeit halber“ könnte schon der vorige Vorstand vor jenem Menschen warnen. Sie legitimieren sich uns gegenüber aber nicht einmal. — A. W. in M.: Wird bei passender Gelegenheit mit angeführt werden. — J. S. in H.: Können das im allgemeinen unterschreiben. Aber so schnell wird das selber nicht gehen, wie es gekommen ist. — A. S. in S.: Obwohl wir in voriger Nummer schon eine Notiz in der Sache gebracht haben, ist uns Ihre Erweiterung ganz willkommen. Lieber wäre es uns jedoch gewesen, wenn Ihre Eisenbahn schon am 17. Februar hier gewesen wäre. Nun sind aber Zweifel aufgetaucht, wie die letzten sechs Tage im Februar zu verstehen sind; mancher will die letzte Lohnwoche im Februar damit gemeint wissen. Auf den Finanz- ämtern in Leipzig war amlich von dieser Abänderung des Steuerabzugs noch nichts bekannt. Wir werden deshalb noch abwarten bis zur nächsten Nummer, um dann auch Zweifel an andern Orten beheben zu können.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II. Fernruf: Amt Kurfürst Nr. 1191 Postcheckkonto: Berlin Nr. 1023 67 (V. Schweinitz)

Adressenveränderung

Dremen. (Drucker.) Kreisvorsitzender: Karl Heym, Westerstraße 30. — (Ort.) Vor- sitzender: Hermann Beschek, Lothseider Straße 14. — (Kreis- und Ort.) Kassierer: Paul Rudolf, Am schwarzen Meer 87. Breslau. (Maschinenfeger.) Vorsitzender: Friz Strubach, Steinraue Straße 7; Kassierer: Max Ilkmanu, Berliner Straße 7.

Versammlungskalender

Chemnitz. Maschinenmeisterversammlung Sonnabend, den 24. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im „Goldenen Engel“, Fschopauer Straße 1 a. Darmen-Elberfeld. Korrektorengeneralversammlung Sonntag, den 25. Februar, nachmittags 4 Uhr, in der Wohnung des Kollegen Pöhl in Elberfeld, Hochstraße 103 III. Rheinf. Versammlung Montag, den 26. Februar, abends 7 Uhr, im Vereinslokal Alts. Markt

Anzeigengebühr: Die sechsstellige Zeile 30 Mark für Vereins-, Arbeitsmarkt-, Fortbildungs- und Todesanzeigen, sonstige Anzeigen 120 Mark. Rabatt wird nicht gewährt.

Anzeigen

Annahmefluß: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend morgens für die jeweilig nächstfolgende Nummer. Kleinere Einzelanzeigen nur mittels Postcheckzahlung.

Verein Dresdener Drucker im Verband der Deutschen Buchdrucker. Sonnabend, den 3. März, im „Paradiesgarten“ Schermlitz. 55. Stiftungsfest. bestehend in humoristischen Vorträgen, Lieder zur Laute und Sakl. Anfang 8 1/2 Uhr. Die Kollegen nebst Angehörigen sind zu dieser Feier höflichst eingeladen. Eintrittskarten für Mitglieder 50 M., Gäste 150 M., einschließt. Steuer, sind im Clubbureau zu entnehmen.

Rotationsmaschinen- meister wegen Wohnungsmangel mög- lichst unverzüglich, für 16 seit. Bogtänder Rotation und Stereotypie sofort od. 3. März gesucht. Es wird nur auf wirklich tüchtige Kraft reflek- tiert. Die Stellung ist dauernd und angenehm. Umgehende Angebote an „Erzgebirg, Volksfreund“, Aue i. Erzgeb.

Eilziger Altidenz- und Insetatenseher 27 Jahre alt, firm in allen Saharten, sucht Stellung. Fr. Jungmann, Linden i. W., Altteichstraße 20.

Maschinen- meister 23 Jahre alt, speziell Platten- druck, mit WZB. vertraut, sucht sofort Stellung. Angebote an G. Matern, Reichenbach i. Schl., Ring 61.

Am 15. Februar verstarb nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber Kol- lege, der Faktor Albert Tschlaff aus Neukölln, im Alter von 45 Jahren. Ein ehrendes An- denken bewahrt ihm Das Personal der Buchdruckerei Hans J. Richter & Co., Berlin-Schöneberg.

Die neuen Fernkurse in Mäfers Buchführung für Druckereien beginnen am 1. und 16. jeden Monats. Aus- sährlichen Prospekt und Bedingungen durch den Verlag Julius Mäfer, Leipzig-K., Senefelderstraße.

Wichtige Zurichter bel gutem Lohn in Dauer- stellung gesucht. Norddeutsche Schriftgießerei G. m. b. H., Berlin S 14, Alte Jakobstraße 79.

Metoula Sprachführer Eine verkürzte Metoula Tourist-Engelsprache. Für alle wichtigeren Sprachen. Langenscheidtsche Verlagsgesellschaft (Prof. G. Langenscheidt), Berlin- Schöneberg. Grundpreis 1,92 X Schließen Sie b. Kaufvertr.

Arbeiterzeitung! 19jährig., intelligenter Seher sucht sich auf Bureau einer sozialdem. Zeitung zu veränd., wo ihm Gelegenheit geboten ist, sich auf politischem Gebiete zu entwickeln. Derselbe besitzt la Empfehlung, hat flotte schöne Handschrift und ist auch nicht unerfahren in öffent- lichschafflicher Schriftsetz. Unsicherheits-Angebote unter J. Sch. 323 an die Geschäfts- stelle d. W. Leipzig, König- straße 7, erbeten.

Am 13. Februar ver- schied nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Seher Karl Stenzel Ein dauerndes, ehren- des Andenken bewahrt ihm Die Mitgliedschaft Chemnitz. [325]

Von seinen langen Leiden durch den Tod erlöst wurde am 10. Fe- bruar unser lieber Kol- lege und Freund, der Drucker Adolf Buttlich im 48. Lebensjahre. Wir verleben in dem Da- hingeschiedenen einen langjährigen, treuen Mitarbeiter, der durch sein Mitwirken im Ver- eine sich ein dauerndes, ehrendes Andenken ge- sichert hat. Vereinz. Berliner Buch- druckmaschinenmeister.

Am 12. Februar ver- starb im 24. Lebens- jahre unser lieber Kol- lege, der Galvano- plastiker Felix Jäger Ehre seinem Andenken! Die Verbandskollegen der Reichsdruckerei, Berlin.

Winkelhaken Zehschiffje, Schlief., Anlage markt Hef. A. Siegl, München 9